



Reform der Dienstwagenbesteuerung: Einnahmen stärken, Klimaziele erreichen

01.06.2026

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister Klingbeil,

angesichts der aktuellen Haushaltslage erfordern die im Koalitionsvertrag festgelegten Ziele die **Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen**. Fossile Steuervergünstigungen im deutlich zweistelligen Milliardenbereich bieten hier eine naheliegende Möglichkeit, fiskalische Stabilität sowie wirtschaftliche Planbarkeit mit Klimaschutz zu verbinden und zugleich Spielräume für Entlastungen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie ermutigen, sich weiterhin für eine **Reform der Dienstwagenbesteuerung** einzusetzen.

Eine **stufenweise Anhebung der Dienstwagenbesteuerung** für Verbrenner bewirkt steuerliche Mehreinnahmen von rund 3-5 Mrd. Euro pro Jahr. Der stärkere Anreiz für batterieelektrische Fahrzeuge würde nicht nur zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor beitragen, sondern auch die notwendige Transformation der deutschen Industrie hin zur Elektromobilität sowie den Gebrauchtwagenmarkt für E-Pkw erheblich unterstützen. Da die bestehende Regelung vor allem von Gutverdienenden genutzt wird, hätte eine Anpassung zudem eine wichtige sozialpolitische Komponente und würde die steuerliche Fairness erhöhen.

Wir empfehlen, die freiwerdenden Finanzmittel gezielt zur Entlastung unterer Einkommen einzusetzen, indem **nachhaltige Mobilitätslösungen auf dem Land** und in der **Stadt finanziert werden** und **den Tankrabatt nicht fortzuführen**:

Dazu zählen die Einführung eines **bundesweit einheitlichen Deutschlandtickets Sozial**, mitfinanziert aus Mitteln des Klima-Sozialfonds, zur wirksamen Bekämpfung von Mobilitätsarmut, zur Stärkung sozialer Teilhabe, zur Erhöhung der Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen und zur Entlastung kommunaler Haushalte. Sowie die **Elektrifizierung sozialer Flotten** (Neuaufgabe „Sozial & Mobil“), um angesichts steigender Kraftstoffpreise den Umstieg von über 200.000 Fahrzeugen sozialer Dienste auf E-Mobilität zu ermöglichen, den Absatzmarkt für E-Kleinwagen

zu stärken und langfristig einen stabilen Gebrauchtwagenmarkt zu schaffen. Darüber hinaus plädieren wir für eine kompensierende Aufstockung der **Regionalisierungsmittel** um jährlich 500 Mio. Euro, um Angebotskürzungen nach dem EuGH-Urteil zur SPNV-Trassenpreisbremse abzuwenden. Außerdem ist eine **Soforthilfe für den Nahverkehr** in Höhe von 3 Mrd. Euro (je 1,44 Mrd. Euro für 2025 und 2026 laut VDV-Gutachten) notwendig - zur Absicherung bestehender Verkehre, zur flächendeckenden Modernisierung des ÖPNV sowie zum Ausbau zusätzlicher Bedarfsangebote wie On-Demand-Verkehre, Rufbusse und autonome Shuttles, insbesondere im ländlichen und suburbanen Raum.

Wir hoffen, dass Sie in diesen aktuell fiskalisch schwierigen Zeiten daran festhalten, fossile Steuervergünstigungen neu zu überdenken und die Dienstwagenbesteuerung an die aktuellen Herausforderungen anzupassen. In einem **persönlichen Gespräch** mit Ihnen zur **Haushaltsaufstellung 2027** würden wir gerne unsere angesprochenen Reform- und Entlastungsoptionen besprechen.

Mit freundlichen Grüßen,

Verena Graichen, Geschäftsführerin, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Eva Maria Welskop-Deffaa, Präsidentin, Deutscher Caritasverband

Martin Burkert, Vorsitzender, Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

Carolin Schenuit, Geschäftsführende Vorständin, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft

Dr. Christiane Averbeck, Geschäftsführende Vorständin, Klima-Allianz Deutschland

Kim Cornelius Detloff, Fachbereichsleiter Politik, NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.

Verena Bentele, Präsidentin, Sozialverband VdK

Christine Behle, stellvertretende Vorsitzende, ver.di

Heike Vesper, Vorständin Transformation Politik & Wirtschaft, WWF Deutschland